

Kritischer und kompetenter Blick auf Arbeit, Geld und Geschäftsleben

Hier vor Ort arbeiten die Menschen, hier wird das Geld verdient, hier wird es ausgegeben. Wirtschaftsthemen im Lokalen betreffen alle Bürger und sind bester Lesestoff. Allerdings nur, wenn die Redaktion über die Standards aus Bilanzpressekonferenzen und PR-Material hinausdenkt. Gute Lokalredaktionen orientieren sich an den Anforderungen der Gesellschaft und der Lebenswelt der Menschen, liefern Hintergrund und Analyse. Kritisch und kompetent gehen sie Geschichten und Gerüchten nach. Und sie entwickeln eigene Ideen, mit denen sie die Wirtschaftswelt für die Leser transparent machen.

▶ Preisträger 2016

▶ Politik lokal

WIRTSCHAFT LOKAL

▶ Kultur lokal

▶ Sport lokal

▶ Gesellschaft lokal

▶ Panorama lokal

▶ Service lokal



LOKALES

Für die 14-jährige
endete in der
heit so manch
tour mit ihrer
nen im Frust. Weil es
das allen so gut gefie
nicht in ihrer Grö
Schwimmbad ist sie
mitgegangen. Sie
schämt, wollte abf
kungen aus dem
Denn das 1,63 Me
chen brachte im
gramm auf die V
sucht sie, in der
nik „Am Nicolai
sch „Bürgerha
Pfunde

Trockene Zahlen mit Leben gefüllt

Freie Presse

Lebendige Recherche kontra trockene Fakten. Nach diesem Rezept arbeiten zwei Redakteure im Erzgebirge den Einzelhandelsatlas der IHK auf. Sie fragen bei den Menschen nach, ob sich ihr Gefühl mit der Statistik deckt.

Journalisten lieben Zahlen und Rankings. Welche Stadt hat die höchste Kaufkraft, die meisten Läden, den höchsten Leerstand, wie hoch ist die Verkaufsfläche pro Kopf? Solche Daten liefert zum Beispiel die IHK in ihrem Einzelhandelsatlas. Trockenes Zahlenwerk auf viel Papier. Als die IHK Chemnitz die Fortschreibung ihrer Statistik für die Region vorlegt, fragt sich die Redaktion: Welchen Wert hat das für die einzelnen Städte? Und was bedeutet das für die Menschen? Inwiefern korrespondieren die erhobenen Daten mit dem subjektiven Gefühl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort? Schließlich

muss jeder einkaufen. Doch denken die Leute dabei darüber nach, warum sie was wann und wo kaufen?

Die Lokalredaktion geht diesen Fragen nach. Sie stellt Menschen aus den Städten des Verbreitungsgebiets vor und forscht nach, ob sich deren Bauchgefühl in den Zahlen und Statistiken wiederfindet. Heraus kommt lebendiger Lesestoff über das Einkaufsverhalten und die Lebenssituationen der Menschen von nebenan. Geschichten, die jeder Leser nachvollziehen und mit seinen eigenen Werten, Erfahrungen und Ansichten vergleichen kann.

Geschichten, die die Menschen dazu einladen, mitzudiskutieren.

Stichworte

- ▶ Alltag
- ▶ Heimat
- ▶ Hintergrund
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Verbraucher

Kontakt:

Andreas Luksch, Regionalleiter Erzgebirge, Telefon: 03733/141-13140, E-Mail: andreas.luksch@freiepresse.de

DAS THEMA: EINKAUFEN IN DER REGION

In Chemnitz spionieren, in Thalheim bezahlen

Jeder muss einkaufen. Doch denken die Leute noch darüber nach, warum sie was wann und wo einkaufen? „Freie Presse“ stellt in einer Serie Menschen aus Stollberg, Zwönitz, Thalheim, Lugau und Oelsnitz vor – doch spiegelt sich deren Bauchgefühl in Zahlen und Statistiken wider?

VON JAN OECHSNER

THALHEIM – Ein Spitzel, ein Spion sein? Nein, Martin Ruppert hat überhaupt kein Problem damit. „Ich mache es, weil ich Thalheimer bin.“ Seine einfache Erklärung ist logisch – und sein logischer Plan ganz einfach: „Erst gehe ich nach Chemnitz in einen großen Markt, um zu schauen, was es alles so gibt. Und dann fahre ich wieder heim und bestelle hier beim Fachhändler.“

Martin Ruppert spioniert also. Der 62-Jährige will sich eine neue Kombination aus Kühlschrank und Tiefkühltruhe kaufen. Da er aber nur äußerst ungerne ins bunte, schrille, schnelle Internet schaut, macht er sich halt auf den Weg. Auch, weil es in Thalheim gerade mal 200 Quadratmeter Verkaufsfläche für Elektro und Leuchten und hochwertige Haushaltsgeräte gibt, so die Statistik. Da bleibt nicht viel für Kühlschränke. Ruppert aber muss die Dinge in ihrer Auswahl sehen, anfassen, spüren können. Da haben die großen Center in den großen Städten, die es nun mal im kleinen Thalheim nicht gibt, einen Standortvorteil.

Aber das Produkt auch kaufen? Das macht Martin Ruppert daheim. Bestimmt ist es auch damit zu erklären, dass Ruppert ein geborener, waschechter Thalheimer ist. Baujahr 1954. Und es hat was damit zu tun, dass er nie reich war, aber bodenständig. Denn er war schon alles: Facharbeiter im Forest, Elektromonteur, Lasterfahrer, Theaterbauer. Kürzlich arbeitete er in einem Chemnitzer Institut für Karbonfaserplatten. Nun ist Zeitarbeit ange-sagt – in einem Pfaffenhäner Unternehmen. Zudem spielt er bei der regionalen Combo Schluckauf den Bass. Die sind mit dem Speckfett-bemmen-Blues lokalberühmt geworden – aber nie reich.

„Für mich war Geld nie das Maß aller Dinge, ich habe nie viel Geld verdient“, sagt er und spricht von einem bescheidenen Lebenswandel ohne große Sprünge. Da ist er wo möglich einer von vielen. Denn was die Kaufkraft betrifft, liegt Thalheim immer unter den relevanten Durchschnittswerten: unter dem des Erzgebirgskreises, noch mehr unter dem des Freistaates – und sogar fast 13 Prozent unter dem der Bundesrepublik. Was für ihn denn viel Geld wäre, ist die Frage. „3000 Euro.“ Und dann sagt er grinsend: „Wer nichts erschleicht und auch nichts erbt, bleibt ein armes Luder, bis er stirbt.“



Martin Ruppert in der Innenstadt von Thalheim. „Was mir noch fehlt in der Stadt ist, dass junge Leute Mut haben, einen eigenen Laden aufzumachen. Für junge Leute. Das kann ruhig schrill und bunt und neu sein.“

Er hat ja in seinem Leben nun schon drei Währungen kennengelernt: die weiche DDR-Mark, dann die harte D-Mark, nun den Euro. Und er weiß, dass es mal eine Zeit gab, wo Geld

„Für mich war Geld nie das Maß aller Dinge.“

Martin Ruppert Thalheimer

keinen Wert hatte, weil es nicht viel zu kaufen gab. Das hat ihn geprägt. Seine erste gusseiserne Badewanne in seiner ersten Wohnung in Thalheim bekam er nur auf Zuweisung. „Und heute gibt es alles zu kaufen, und deshalb hat das Geld auch irgendwie keinen Wert mehr. Es sei denn, man gewinnt im Lotto.“

Er will zwar bald spionieren in den Elektro-Einkaufszentren von Chemnitz, aber normalerweise meidet er diese Paläste grundsätzlich. Sie sind ihm zu groß. Zu unpersönlich, auch wenn die fremden Verkäufer nett sind, so nett halt, wie es fremde Verkäufer sein können. In Thalheim kennt er fast jeden, und die sind auch nett, auch dann noch, wenn er nur Hallo sagt. „Etwas 90 Prozent meiner Einkäufe mache ich im Ort“, sagt Ruppert. Er sei ein bodenständig-praktischer Einkäufer. Lebensmittel, also den regelmä-

ßigen großen Wocheneinkauf, holt er aber in Stollberg in einem großen Supermarkt, aber nur, weil dort seine Frau arbeitet.

Denn er ist zufrieden mit dem Kauf-Angebot in der Drei-Tannen-Stadt. Noch sei das gesund. „Vier Bäcker, vier Supermärkte, vier Fleischer, Optiker, Holzhandel mitten im Ort, Fahrradladen.“ Und und und ... Es gibt auch ein Geschäft, wo es wirklich alles gibt – von Reifszwecken bis zum 20-Liter-Farbtopf. „Der Laden wird oft unterschätzt.“

Sogar ein Rewe sei da, der bis 22 Uhr aufhat. Das brauche er nicht selbst, aber das lockt auch viele Spät-Einkäufer aus der Region an. „Oder anders gesagt: Ich möchte kein Jahnsdorfer sein. Die haben etwa so viele Einwohner wie wir, aber die haben ja kaum was zum Einkaufen.“ Aber diese Einwohnerzahl in Thalheim macht ihm auch Sorgen. Vor

etwa zehn Jahren lebten noch fast 9000 Leute in der Stadt, mittlerweile hat der Ort fast die 6000er-Grenze erreicht.

Fünf Läden hätten in letzter Zeit im Ortskern geschlossen. „Etwas die Schokoladen-Heidi, wo es feinste Pralinen gab. Den vermisste ich besonders.“ Oder der Buchladen. Der Radioladen. Ein Bekleidungsladen. Ein Lebensmittelgeschäft. Alles zu. Das Niveau der Verkaufsflächen im Einzelhandel lag in Thalheim vor knapp zehn Jahren mal ein Viertel über, ist noch unklar. Aber er wird es auf jeden Fall machen. „Und wenn der Fachhändler in Thalheim nicht allzu viel teurer ist als das Angebot in Chemnitz, dann kaufe ich natürlich bei ihm.“ Wie viel teurer es sein darf, bis er es sich anders überlegt, – er ist auch genau. Oder blickt er gerne mal zurück in alte Zeiten? Da ist die Quittung vom ersten Wasch-

automat aus Schwarzenberg, den er sich in Thalheim vor Jahrzehnten gekauft hat. Oder die Brikett-Karten aus dem 1980er-Jahren, damals vom Kohlehandl Krüger, den es natürlich schon lange nicht mehr gibt. Bald kann er den Kaufbeleg für die neue Kombination aus Kühlschrank und Tiefkühltruhe dort ganz oben drauf abheften.

Nur wann? Wann er spionieren fährt, nach Chemnitz, um sich schlau zu machen, was es alles so an Kühlschränken und Kühltruhen gibt, ist noch unklar. Aber er wird es auf jeden Fall machen. „Und wenn der Fachhändler in Thalheim nicht allzu viel teurer ist als das Angebot in Chemnitz, dann kaufe ich natürlich bei ihm.“ Wie viel teurer es sein darf, bis er es sich anders überlegt, – er ist auch genau. Oder blickt er gerne mal zurück in alte Zeiten? Da ist die Quittung vom ersten Wasch-

„Wir müssen hier so viel wie möglich einkaufen“

„Freie Presse“ fragte bei Einwohnern nach, wie sie die Thalheimer Einkaufssituation einordnen

Rolf Brückner, Bürger: Dem Rentner macht die Situation der größeren Lebensmittelanbieter Sorge. „Das Wohngebiet am Erzgebirgsbad hat ja einen Edeka. Oder an der B 180 am Ortsausgang nach Stollberg gibt es einen Netto. Aber in der Innenstadt hat sich jetzt ein kleiner Discounter zurückgezogen, wo die meisten Leute leben.“ Ansonsten schätze er die Situation als gut ein, etwa hinsichtlich Bäcker, Fleischer, Apotheke. Aber insgesamt verspüre er eine „drastische Abnahme der Einkaufsmöglichkeiten“. In Zwönitz, so seine Einschätzung, sei es, insgesamt betrachtet, besser.

Johannes Schädlich, ehemaliger Vize-Bürgermeister: Mit der Einkaufssituation für den täglichen Bedarf sind wir, meine Frau und ich, in Thalheim zufrieden. Die vorhandenen Einkaufsmärkte decken den Bedarf ab. Noch gibt es auch in der Stadt Fleischer, Bäcker, Gemüsehändler und Fachgeschäfte, bei denen wir wegen der guten Qualität ihrer Waren und der freundlichen Bedienung gern einkaufen. Leider

sind aber auch einige Fach- und Spezialgeschäfte, zum Teil aus Altersgründen der Inhaber, geschlossen worden. Noch sind mir dafür keine Nachfolger bekannt. Um die Einkaufssituation in unserer Stadt zu erhalten, ist es notwendig, dass wir in den Geschäften der Stadt so oft und so viel wie möglich einkaufen.

Thomas Preis, Ex-Organisator vom Straßenfest: Es werde definitiv schwerer in Thalheim, denn viele Läden seien schon heute „Altersbestände“, die es schon lange gebe

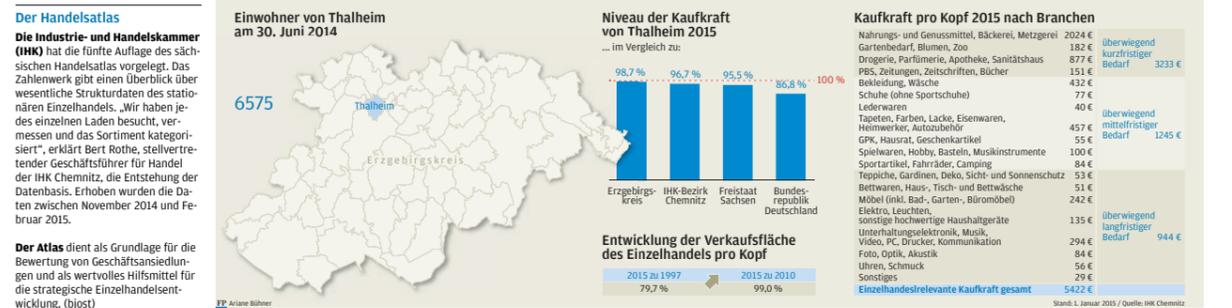
und die mit viel Idealismus geführt würden. „Aber, wer nur wirtschaftlich denkt oder als potenzieller Stadtrand fahren. Dort haben sich die meisten größeren Nahversorger etabliert. „Leider“, wie Bert Rothe, stellvertretender Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, bedauert. Denn über die Hälfte der Thalheimer Verkaufsfläche (0,69 Quadratmeter/Einwohner) liegt im kurzfristigen Bedarfsbereich, das meiste davon im Lebensmittelbereich (0,46 Quadratmeter/Einwoh-

ner). Die Gesamtverkaufsfläche ist seit 2010, dem Zeitpunkt der zweitjüngsten Erhebung stabil geblieben. Sie ist von rund 8900 Quadratmeter auf 8330 Quadratmeter gesunken. Pro Kopf gerechnet ist diese Kennzahl jedoch lediglich von 1,28 Quadratmeter je Einwohner auf 1,27 Quadratmeter gesunken – die Einzelhandelsituation hat sich demnach durch den Bevölkerungsrückgang flächenmäßig nicht verschärft. Im Bundeschnitt stehen jedem Bürger 1,5 Quadratmeter Verkaufsfläche gegenüber. (jost)

Verkaufsfläche stagniert

Nahversorger tummeln sich am Stadtrand

THALHEIM – Wer einen kompakten Wocheneinkauf machen möchte, muss als Thalheimer an den Stadtrand fahren. Dort haben sich die meisten größeren Nahversorger etabliert. „Leider“, wie Bert Rothe, stellvertretender Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, bedauert. Denn über die Hälfte der Thalheimer Verkaufsfläche (0,69 Quadratmeter/Einwohner) liegt im kurzfristigen Bedarfsbereich, das meiste davon im Lebensmittelbereich (0,46 Quadratmeter/Einwoh-



Ausbeutung im Einzelhandel aufgedeckt

Darf es sein, dass ein erfolgreicher Einzelhändler wie Kaufland die Ausbeutung von Arbeitnehmern im eigenen Haus zulässt, nur weil sie nicht direkt beim Unternehmen angestellt sind? Die Redaktion stellt diese Frage und bewirkt damit ein Umdenken im gesamten Konzern.

Ausgelöst werden die Recherchen, als zwei junge Frauen aus Polen von ihren schlechten Erfahrungen in der Kaufland-Logistik in Möckmühl – vor den Toren der Firmenzentrale in Neckarsulm – erzählen. Einschüchterungsversuche, aufgezwungene Überstunden, überbezahlte Wohnungen ohne Privatsphäre – die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter im Kaufland-Dienstleistungszentrum sind haarsträubend.

Als die Redaktion nachhakt, zeigt sich, dass dahinter System steckt. Personaldienstleister spezialisierten sich auf Mitarbeiter, die kein Deutsch

sprachen und ihre Rechte nicht kennen. Die Zeitung nennt Ross und Reiter und zeigt personelle Verquickungen der Firmen. Keineswegs ein Einzelfall, wie ein Gewerkschaftssekretär von Verdi sagt. In vielen Branchen gebe es Benachteiligungen von Beschäftigten in Leiharbeitsfirmen.

Die Berichterstattung hat Folgen. Noch mehr Betroffene melden sich. Konfrontiert mit weiteren Rechercheergebnissen, zeigt sich Kaufland dann offen fürs Gespräch und kündigt einen generellen Abschied von der umstrittenen Werksvertragkonstruktion an. Ein Erfolg für den investigativen Jour-

nalismus, vor allem aber ein Erfolg für die Arbeitnehmer, die nun auf bessere Arbeitsbedingungen hoffen. Die Zeitung begleitet diesen Prozess weiterhin kritisch.

Stichworte

- ▶ Anwalt
- ▶ Arbeitswelt
- ▶ Ausländer
- ▶ Hintergrund
- ▶ Kontinuität
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Wirtschaft

HEILBRONNER STIMME

Im Blickpunkt



Die zwei Polinnen Ewa und Gabriela M. beim Kaufland-Logistikzentrum in Möckmühl. Wenige Wochen haben sie hier für die Firma Loco Service gearbeitet. Zeit genug für unzählige schlechte Erfahrungen.

Foto: Christian Gleichauf

Hire and Fire auf Deutsch

MÖCKMÜHL Wie Subunternehmer den Kaufland-Mindestlohn unterlaufen – Abhängigkeit systematisch ausgenutzt

Von unserem Redakteur Christian Gleichauf

Es ist keine romantisch verklärte Vorstellung von einem erfolgreichen Leben in Deutschland, das junge Menschen aus Polen ins Heilbronner Land führt. Die Arbeit im kalten Fleischwerk oder in der Logistik ist eintönig und hart, die Bezahlung trotz Mindestlohn nicht üppig. Doch worauf die Arbeitnehmer aus Osteuropa vertrauen, ist, dass in Deutschland Regeln und Gesetze eingehalten werden. Wie sich zeigt, ist das bei einigen Firmen in der Region nicht der Fall. „Unfassbar“ findet Thomas Müssig, was sich hier – vor seiner Haustür – aufzut. „So etwas kennt man sonst nur aus Asien, wo die schlecht bezahlten Arbeiter großer Fabriken in irgendwelchen Wellblechhütten neben dem Werksgelände wohnen – und dafür auch noch vom Arbeitgeber zur Kasse gebeten werden“, sagt der Verdi-Gewerkschaftssekretär Handel. „Aber das hier passiert bei uns, mitten in Europa!“

Es geht natürlich nicht um Wellblechhütten im wörtlichen Sinne. Doch die Geschwister Ewa und Gabriela M. (Namen geändert) haben hier eine Arbeitswelt kennengelernt, die man in Deutschland gemeinhin kaum für möglich hält. Den Job hatte ihre Cousine besorgt, im Kaufland-Lager für den Personaldienstleister Loco Service. Vieles passt auf den ersten Blick. Es gibt neun Euro die Stunde, die Vorarbeiterin ist selbst Polin, die Verständigung also kein Problem. Die flexiblen Arbeitszeiten sind zwar eine Heraus-

forderung, doch die Cousine übernimmt den Fahrdienst. Gleich am zweiten Tag auch nach Heilbronn, um Sicherheitsschuhe zu kaufen, die bei der Arbeit mit den schweren Paletten Pflicht sind. Dass diese Art von Arbeitskleidung in Deutschland vom Arbeitgeber gestellt werden muss, ist ihnen nicht bekannt. Arbeitsbeginn um 8 Uhr, 6 Uhr, 20 Uhr, 22 Uhr. Arbeitssende mal um 13 Uhr, mal um 19.30 Uhr. Dann kommt es vor, dass Ewa M. eine Stunde nach Arbeitsbeginn wieder nach Hause geschickt wird. „Es gibt keine Arbeit“, habe ihr die Vorarbeiterin gesagt. Also wieder bei der Cousine anrufen, für die Heimfahrt steht kein Bus bereit. Dass es in Deutschland nicht rechtens ist, wenn man zur Arbeit eingeteilt und dann ohne Bezahlung für die reguläre Arbeitszeit wieder weggeschickt wird, weiß dort offenbar niemand – außer der Firmenleitung. Auf Anfrage dementiert Loco Service jedenfalls, dass es jemals solche Vorkommnisse gab.

Jederzeit verfügbar Die zwei jungen Frauen sind bereit, jederzeit zu kommen, wenn die Firma ruft. Gleich am nächsten Tag arbeiten sie mehr als zehn Stunden, obwohl auch das nicht zulässig ist. Sie klagen nie, arbeiten Nachtschicht um Nachtschicht. Bis die Vorarbeiterin eines Tages fragt, wer sie die eigentlich jeden Tag zur Arbeit fährt. Sie erzählen von der Cousine und ihrem deutschen Mann. Als sie zwei Tage später ihre Schicht beenden, legt ihnen ein Mann einen Aufhebungsvertrag zur Unterschrift vor. Abmahnungen gab es nie, Gründe werden keine genannt. Unter Druck unterschreiben sie.

Erst als der deutsche Ehemann der Cousine bei Geschäftsführer Milan Pavlovic anruft, wird aus dem Aufhebungsvertrag eine ordentliche Kündigung. Zwei Wochen müsste die Firma die beiden also weiterbeschäftigen. Doch Pavlovic möchte das nicht. „Bringen Sie eine Krankmeldung“, soll er gesagt haben.

Auf Nachfrage bestreitet Pavlovic diese Aussage. Als die zwei Polinnen trotzdem wieder zur Arbeit kommen wollen, erklärt die Vorarbeiterin, sie sollen sich Urlaub nehmen – und schickt per SMS hinterher: „Unbezahlten Urlaub.“ Für Gewerkschaftssekretär Thomas Müssig sind zwei problematische Punkte, weil die Initiative vom Arbeitgeber ausgeht. Die Anforderung zur Krankmeldung ist dabei ein schwerwiegender Verstoß. „Hier geht es um Sozialversicherungsbetrug.“

Nichts in der Hand Die zwei jungen Frauen verzichten auf das Geld von der Krankenkasse. Was sie von Loco Service überweisen bekommen, entspricht allerdings nicht ansatzweise den geleisteten Stunden. Am deutlichsten wird das bei Ewa M. Den handschriftlichen Stundenaufstellungen zufolge hat sie in den gut zwei Wochen mehr als 107 Stunden gearbeitet, was netto in etwa 770 Euro entspräche. Zusammen mit den Nachtzuschlägen müsste sie auf nahezu 1000 Euro kommen. Überwiesen werden 675 Euro. Zwei Tage Resturlaub sind auf der ersten Abrechnung noch vermerkt, die eigentlich ausbezahlt werden müssten. Doch eine Korrektur lehnt die Firma ab. In der Geschäftsstelle an der Heilbronner Kaiserstraße heißt es, die Daten würden nach der Kündigung aus dem System gelöscht. „Und überhaupt“, sagt die Dame hinter dem Schreibtisch irgendwann unwirsch, „würde ich mich lieber mit den beiden hier unterhalten. Ich kann Polnisch.“ Was sie damit meint, bleibt offen.

Einige Wochen später machen sich die zwei jungen Polinnen noch einmal auf den Weg nach Möckmühl. Es geht darum, Kontakt mit den ehemaligen Kollegen aufzunehmen. Als sie auf dem Parkplatz warten, ruft Gabriela M. plötzlich: „Patrizi! Patrizi!“ Die ehemalige Vorarbeiterin ist an ihnen vorbeigefahren. Ängstlich verstecken sie sich zwischen den parkenden Autos.

Wenig später holt ein weißer Transporter mehrere Arbeiter ab, fährt sie nach Neuenstadt zu einem Haus. Die Insassen steigen aus, andere ein. Thomas Müssig ist dabei, als polnische Hausbewohner über die Unterkunft berichten. Für die Fahrten zur Arbeit bezahlen die Mitarbeiter 2,50 Euro pro Tag. Im Haus befinden sich mehr als zehn Zimmer, in denen jeweils zwei bis vier Betten stehen. Jedes Bett kostet hier 225 Euro. Im Hausgang hängt die Hausordnung – auf Deutsch. Daneben Schichtpläne für das Fleischwerk. Vorarbeiternamen. „Abteilung Gulasch“, „Bratwurst Linie 1“. Alles gut organisiert? Ein Rahmen-Mitarbeiter sagt, dass man sich auf die Dienstpläne nicht verlassen kann.

Misstrauen Auch bei weiteren Treffen redet kaum ein Mitarbeiter offen. Der Zusammenhalt in der Fremde ist nicht besonders groß unter Polen, sagen die Polen selbst. Hier gilt: „Der Pole ist des Polen Wolf.“ Doch dieses strahl organisierte Arbeitsverhältnis ohne Rückzugsort und ohne Privatsphäre offenbart, dass hier der Pole erst zum Wolf gemacht wird: Vorwärts kommt, wer andere verpöfft. Wer das Misstrauen der Vorgesetzten erweckt, dem wird gekündigt.

Zu gerichtlichen Auseinandersetzungen ist wenig bekannt. Im vergangenen Jahr gab es nur eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die dann wieder zurückgezogen wurde. Der Klägeranwalt wollte sich lieber zivilrechtlich einigen.

Arbeitszeit entspricht nicht dem deutschen Gesetz. Leute werden zu Überstunden gezwungen. Führungskräfte schützen die Leute ein und manipulieren die Arbeitsstunden. Wenn 800 Euro zum Leben bleibt, dann ist gut. Forumseintrag unter Pseudonym „tjgoc“ vom 20. August 2015
Quelle: www.gew.org.pl

Vor Ort war zu erkennen, dass der Pole des Polen größter Feind ist. (...) Dieser Aufenthalt war ein totaler Fehler. (...) Lieber sitze ich in Polen und verdiene 2000 Zloty für acht Stunden, und für 11,5 h 3000 Zloty (670 Euro, Anmerkung der Redaktion) verdiene. Forumseintrag unter dem Pseudonym „etaler“ vom 7. September 2015

Mietwucher mit System

Mehrere Häuser im Kocher-, Jagst- und Brettachtal werden bettwise vermietet – Zwei, drei oder vier Schlafplätze pro Zimmer

Von unserem Redakteur Christian Gleichauf

NEUENSTADT 27 Namen stehen an der Tür. Polnische Namen. Das Haus: einst ein Einfamilienhaus mit Arztpraxis, heute „Hotel“. So nennen es zumindest die Bewohner. Beschäftigte der Firmen Loco Service und Rahmer Zeitarbeit. Doch von Roomservice keine Spur. Statt dessen müssen zwei bis vier Leute in einem Zimmer übernachten – für mehr als 200 Euro pro Bett. Bis zu 900 Euro pro Zimmer also. Mehr als zehn Zimmer gibt es hier. Ein Bewohner schätzt die Zahl der Mieter auf 30.

Keine Auskunft Wer profitiert von den Mieteinnahmen? Grob überschlagen kann man davon ausgehen, dass bei 20 bis 30 Bewohnern für das Haus 4000 bis 6000 Euro pro Monat überwiesen werden. Die Frage ist: an wen?

Die Firmen Rahmer und Loco Service ziehen die Miete zwar direkt vom Lohn ab – auf Wunsch des Mitarbeiters, wie sie beteuern –, doch wohin dieses Geld geht, möchten sie auch auf Nachfrage nicht mitteilen. Loco Service und Rahmer erklären, sie kooperieren nur mit Firmen, die sich auf die Bewirtschaftung von Immobilien spezialisiert haben. Sie selbst hätten mit der Vermietung nichts zu tun. Also auch nicht mit den Verhältnissen in den Unterkünten.

Die Recherchen der Heilbronner Stimme führen zum Eigentümer eines „Hotels“. Wolfram Rudolph ist ein angesehener Heilbronner CDU-Lokalpolitiker, Vorsitzender des Sonheimer Offenen Kreises. Er zeigt sich überrascht über die Anzahl der Bewohner in seinem Haus und die Höhe der resultierenden Miete. Er selbst bekomme nur einen „angemessenen Mietzins“ – wie viel, das möchte er



Ein Arztpraxis mit Wohnung, heute Herberge für mehr als 20 polnische Bewohner. Den Arbeitern wird es als „Hotel“ angepriesen. Foto: Gleichauf

nicht mitteilen. Er sei bislang davon ausgegangen, dass es keine Probleme gebe. Verantwortlich sei der Mieter, seit gut einem Jahr ist das die Firma DSZ aus Peusich bei Nürnberg. „Die kümmern sich um alles.“

Die Verbindung Hier wird es interessant: Die Geschäftsführerin der DSZ GmbH heißt Nikola Pavlovic. Der Name gibt einen Hinweis auf die Verbindung zu Loco Service und Rahmer: Nikola Pavlovic ist die Ehefrau von Milan Pavlovic, einem Geschäftsführer von Loco Service und Rahmer Zeitarbeit. Die Aussage, man vermittle nur an „externe Anbieter“, ist somit nicht die ganze Wahrheit.

Auch wenn DSZ Fragen dieser Zeitung nicht beantwortet: Es ist nicht die einzige Immobilie, die die Firma im Umfeld von Kaufland angemietet hat. Ähnliche Unterkünte gibt es in zahlreichen umliegenden Orten.

Kontakt:
 Marcus Vial, Redaktionsmarketing, Telefon: 07131/615-476, E-Mail: marcus.vial@stimme.de

Nicht überall ist Mitreden erwünscht



Das Thema Mitbestimmung klingt nicht gerade spannend. Interessant wird es, wenn man die richtigen Fragen stellt. Die Volontärin Jana Wolf hat das getan: Wer hat im Betrieb was zu sagen? Was macht eigentlich ein Betriebsrat? Welchen Einfluss haben Frauen in den Unternehmen? Daraus wird eine lesenswerte Themenwoche.

Auch wenn der Titel „Arbeit und Mitbestimmung“ trocken klingt, dahinter verbirgt sich ein wichtiger Aspekt unserer Arbeitswelt. Die Volontärin macht sich dazu Gedanken und ein Konzept. Bei der Recherche zeigt sich: Das Material ist so umfangreich, dass damit gut eine Woche mit täglichen Geschichten gefüllt werden kann.

Erstaunliches Ergebnis der Recherche: Es gibt keine Zahlen, wie viele Unternehmen im Landkreis einen Betriebsrat haben. Während die Wirtschaftskraft der Region in Statistiken genau erfasst wird, sind über die Interessenvertretungen der Menschen, die diese Leistung erbringen, keine

Informationen verfügbar. So geht die Redaktion in die Betriebe, spricht mit Gewerkschaftern, Betriebsräten und Arbeitgebern. Sie stellt die Menschen vor, die mitreden, und Firmenchefs, die sich das Hineinreden verbitten. Sie redet mit Frauen über die Gleichstellung im Unternehmen und mit einem Betriebsseelsorger, der in Krisensituationen Beistand leistet.

Begleitend zu den Geschichten im Print wird die Serie online auf der Website der Mittelbayerischen Zeitung aufbereitet. Alle Texte und Zusatzstücke werden im MZ-Spezial „Arbeit und Mitbestimmung“ gebündelt.

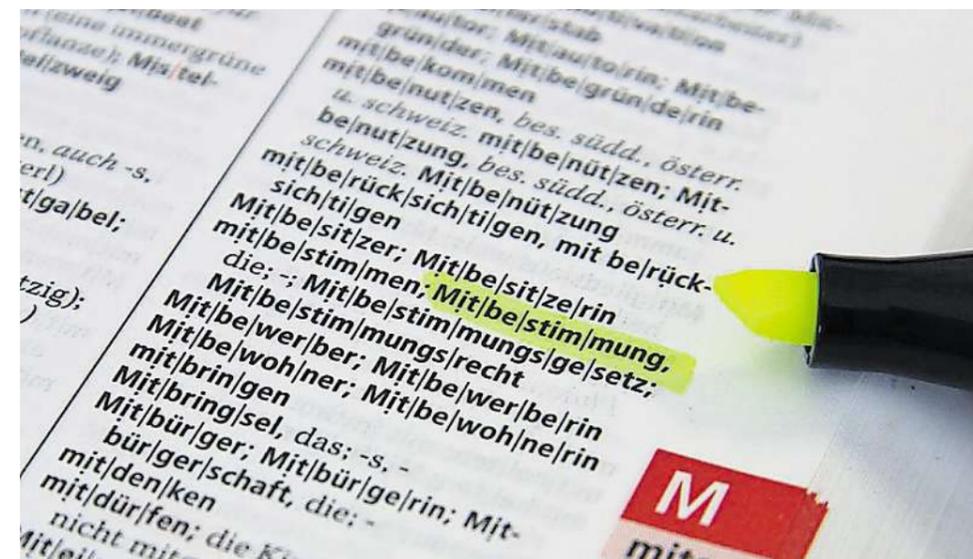
Mit der Themenwoche schafft es die Redaktion, ein nüchternes Wirtschaftsthema mit Leben zu füllen.

Stichworte

- ▶ Arbeitswelt
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Hintergrund
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Wirtschaft

Kontakt:

Jana Wolf, inzwischen Redakteurin bei der MZ, Telefon: 0941/207-6093/-351, E-Mail: jana.wolf@mittelbayerische.de



In unserer Echo-Themenwoche gehen wir ab heute sechs Tage lang der Frage nach: Wie viel Mitbestimmung gibt es im Landkreis Cham? Foto: Wolf

Wer hat im Betrieb etwas zu sagen?

ARBEIT Betriebsräte vertreten die Interessen der Arbeitnehmer in Unternehmen. Im Landkreis gibt es solche Gremien nur selten. Die Mitbestimmung fällt mau aus.

VON JANA WOLF

LANDKREIS. Wir arbeiten immer mehr – am Arbeitsplatz, im Ferienjob, im Haushalt und Garten oder bei der Erziehung der Kinder. Gut 45 Stunden pro Woche hat das Statistische Bundesamt für einen erwachsenen Bundesbürger im Durchschnitt errechnet. 20,5 Stunden davon werden mit Erwerbsarbeit ausgefüllt, fast zwei Stunden mehr als noch ein Jahrzehnt zuvor. Die restlichen 24,5 Stunden sind unbezahlte Tätigkeiten. Wir müssen wir immer mehr leisten. Das sind die Fakten.

Und wir wollen bei der Arbeit gehört werden. In unserer individualisierten Gesellschaft sehen wir uns selbst nicht nur als Arbeitskraft, die rund um die Uhr funktioniert. Wir wollen uns selbst verwirklichen – und unsere Arbeitszeit mitgestalten. Ab heute gehen wir eine Woche lang der Frage nach: Wie viel Mitbestimmung gibt es im Landkreis Cham?

Keiner erfasst die Betriebsräte

Wir sprechen mit Gewerkschaftern, Betriebsräten und Arbeitgebern und wollen wissen: Wie treten Arbeitnehmer für ihre Interessen ein? Wird ihre Stimme gehört? In welchen Unternehmen gibt es Betriebsräte und was können sie erreichen?

Eines gleich vorweg: Es gibt keine Zahlen, wie viele Unternehmen im Landkreis einen Betriebsrat haben. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) erfasst lediglich die Unternehmen, die im Handels- und Genossenschaftsregister gelistet sind: 9292 Die Betriebsräte sind nicht erfasst.

Auch im Landratsamt gibt es dazu nichts Konkretes. Und selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Dachorganisation aller Gewerkschaften, kann keine Zahlen liefern. Während die Wirtschaftskraft der Region in Statistiken genau erfasst wird, gibt es über die Interessensvertretung der Menschen, die sie erbringen, keine Informationen. Was sagt das über



Erzieherinnen und Sozialarbeiter protestieren im Kita-Tarifstreit mit Transparenten mit der Aufschrift „Wir sind es wert.“ Foto: dpa

MITBESTIMMUNG

▶ **Mit wirtschaftlicher Mitbestimmung** ist die Teilhabe der Arbeitnehmer an Entscheidungen in Unternehmen gemeint. Träger der Mitbestimmung sind Betriebsräte und Aufsichtsräte.
 ▶ **Für die Privatwirtschaft** ist die Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) geregelt. Darin steht: Um einen Betriebsrat zu wählen, müssen wenigstens fünf wahlberechtigte Arbeitnehmer ständig beschäftigt sein.
 ▶ **Das Gesetz** räumt Arbeitnehmern das Recht zur Betriebsratswahl ein; es gibt aber keine Verpflichtung dazu. Die Initiative muss von Arbeitnehmern bzw. ihren Gewerkschaften ausgehen. Der Arbeitgeber darf sie nicht behindern.

die Mitbestimmung in der Region aus? Wir fragen bei den einzelnen Gewerkschaften nach.

Die IG Metall betreut hier die Betriebsräte in 14 Unternehmen. Dazu zählen neben Siemens mit 730 Mitarbeitern auch der Automobilzulieferer Continental in Roding (641 Mitarbeiter), der Verpackungshersteller Gerhard in Cham (378) oder der Fenster- und Fassadenbauer Schindler in Roding (278). Den 14 von der IG Metall betreuten Unternehmen stehen allerdings 16 entgegen, in denen die Gewerkschaft nicht vertreten ist.

Zollner und Mühlbauer sind „ohne“

Der größte Arbeitgeber, die Zollner Elektronik AG in Zandt, deren Senior-Chef 2016 als „Manager des Jahres“ ausgezeichnet wurde, hat keinen Betriebsrat. Das gleiche gilt für den Ma-

LESEN SIE MORGEN

ECHO-THEMENWOCHE Der Mann in blau – mit roter Fahne

Morgen nehmen wir die Arbeit eines Gewerkschafters noch genauer unter die Lupe. Autor Christoph Klöckner hat den Vorsitzenden des Betriebsrats von Siemens in Cham begleitet und festgestellt: Franz Aschenbrenner ist kein Aufrührer, sondern ein bedachter Vermittler.

„Arbeit und Mitbestimmung“ lautet der Titel unserer Themenwoche. Alle Teile finden Sie unter www.mittelbayerische.de/mitbestimmung

schinenbauer Mühlbauer in Roding. Bei der Gewerkschaft sorgt das für Misstrauen. Jürgen Scholz, der Bevollmächtigte der IG Metall Regensburg: „Der Landkreis Cham ist eine ziemlich mitbestimmungsfreie Zone.“

Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) betreut nur fünf Unternehmen im Landkreis: die Allemann GmbH in Grafenwiesen, RKT Rodinger Kunststoff-Technik, den Ableger der Röchling Gruppe in Roding, Uvex in Lederdorn und Flabeg in Furth im Wald. Auch bei der IG BCE bleibt der größte Player im Branchenfeld, die Ensinger GmbH in Cham, außen vor.

„Keiner hat dort Lust, etwas mit uns zu machen“, sagt Hartmuth Baumann, der Bezirksleiter der Gewerkschaft. Er sieht den Landkreis Cham in Sachen Mitbestimmung als „Aus-

reißer in der Fläche“. Es gebe deutlich weniger organisierte Betriebe als in benachbarten Landkreisen.

Für die IG Bauern-Agrar-Umwelt fällt die Bilanz noch schlechter aus. Kein einziges Unternehmen aus dem Baugewerbe ist in der Gewerkschaft organisiert. In den Landkreisen Schwandorf, Neumarkt und Regensburg sei die Gewerkschaft besser vertreten, sagt Herbert Allert, der im Bezirksverband Oberpfalz für das Baugewerbe zuständig ist. „Seit 25 Jahren fahre ich in den Landkreis Cham und versuche dort Betriebsräte zu gründen. Aber keine Chance!“ Mehr als 80 Prozent der Mitglieder hier seien nicht in der Heimat beschäftigt, sondern pendeln in andere Landkreise.

Die Bilanz der Gewerkschaft Ver.di: Etwa 20 Prozent der Betriebe haben einen Betriebsrat gewählt. „Darunter ist ungefähr die Hälfte von Ver.di begleitet beziehungsweise in Ver.di organisiert“, sagt Alexander Gröbner, der Oberpfälzer Geschäftsführer. Welche Unternehmen und Betriebe das im Detail sind, darüber gibt Gröbner keine Auskunft.

Fehlt Chamern die Streitkultur?

Was sind die Gründe dafür, dass für Gewerkschaften die Luft im Landkreis Cham so dünn ist? Werner Schwarzbach, der Vorsitzende des DGB-Kreisverbandes Cham, sagt: „Streitkultur gibt es hier nicht.“ In seinen 25 Jahren als Gewerkschafter habe er nur selten erlebt, dass Leute auf die Straße gehen und protestieren. Gewerkschaftliches Engagement sei nicht gern gesehen. „Die Leute haben vielleicht Angst, dass der Arbeitgeber etwas erfährt“, sagt Schwarzbach. Der 63-jährige bedauert, dass es hier kaum gewerkschaftlichen Nachwuchs gibt. Seine DGB-Mitstreiter seien alle Rentner oder Pensionäre.

Hartmuth Baumann von der IG Bergbau ist in seiner Analyse vorsichtiger. „Vielleicht herrscht einfach eine gute Atmosphäre in vielen Unternehmen.“ Arbeitnehmer würden sich oft erst an die Gewerkschaft richten, wenn es Probleme gibt oder ein Eigentümerwechsel ansteht. Viele Unternehmen im Landkreis seien aus familiären Strukturen heraus entstanden oder traditionell geprägt, sagt Baumann. In diesen Strukturen gibt es offensichtlich keine Kultur der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer.

Wenn der Kühlschrank mit dem Toaster spricht

Digitalisierung und Industrie 4.0 tauchen ständig als Schlagworte auf. Doch was bedeuten sie für unseren Alltag? Die Redaktion macht das zum Jahresthema und sucht jede Woche regionale Themen und Ansprechpartner dazu. Sie lässt ein Technikthema menseheln.

Bei der Digitalisierung geht es um die Veränderung von Prozessen – in der Arbeitswelt und im Alltagsleben. Dazu gehört auch zum Beispiel das Krankenwesen, wenn etwa vernetzte Geräte Operationen begleiten. Oder das Privatleben, wenn im Smart Home der Kühlschrank mit dem Toaster spricht. Die Themenfülle ist riesig. Das Problem dabei: Der Rechercheaufwand ist enorm, die Materie komplex und die Ansprechpartner in der Region sind rar. Bei einigen Themen sucht die Redaktion in der Region Bayreuth wochenlang nach einem lokalen Dreh und dem richtigen Experten dazu.

Jeden Montag erscheint eine komplette Seite zu „Digitalisierung und Industrie 4.0“. Die Redaktion veranschaulicht die Schlagworte möglichst mit regionalen Ansprechpartnern und Beispielen. Sie sollen nah am Alltag der Leserinnen und Leser sein. Die Themenpalette reicht von Krankenhaus bis Wohnen, von Einkaufen bis Straßenverkehr.

An der Serie wirken Kollegen aus den Ressorts Stadt, Land, Kultur und Online mit. Die Form hält die Redaktion bewusst offen. Sie liefert Servicestücke, Interviews, Reportagen, Essays. Und sie präsentiert die Serie



als großes multimediales Online-Dossier (www.nordbayerischer-kurier.de/themen).

Stichworte

- ▶ Arbeitswelt
- ▶ Energie
- ▶ Multimedia
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Service
- ▶ Technik
- ▶ Verbraucher
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Wohnen
- ▶ Zukunft

Kontakt:

Katharina Wojczenko, Telefon: 0160/90143285, E-Mail: katharina.wojczenko@gmail.com

DIGITALISIERUNG UND INDUSTRIE 4.0: Mein Kühlschrank spricht mit dem Toaster, und mit dem Tablet bediene ich die Waschmaschine – theoretisch ist das möglich. In der Praxis sind Versuche mit solchen Smart Homes noch selten. Werner Wittauer lebt seit zwei Jahren mit seiner Familie in einem intelligenten Haus. Langsam versteht es sie.



Dieser Ausblick ist an allem schuld. Werner Wittauer und seine Lebensgefährtin Kathrin Hinke wollen die Sonne aufgehen sehen. Deshalb haben sie an ihr Wohnhaus in Weidenberg einen Glaskasten gesetzt. Damit es darin angenehm ist, brauchen sie die Smart-Home-Technik. So können sie vom Sofa aus mit dem Smartphone Licht, Heizung und Fenster bedienen. Foto: Ronald Wittek

Mehr Bilder unter tinyurl.com/smartflurhof

Viel Technik für den Sonnenaufgang

Familie Wittauer aus Weidenberg wohnt in einem teilautomatisierten, intelligenten Haus

WEIDENBERG
Von Katharina Wojczenko
Werner Wittauer (38) hatte schon immer ein Faible für Technik. Aber vor allem wollten seine Lebensgefährtin und er eines: beim Aufwachen den Sonnenaufgang sehen. Deshalb muss ihr Haus mitleiden. Ein Besuch in Weidenberg, Ortsteil Flurhof.

Das Haus: ist eine bauliche Herausforderung. Wittauers Elternhaus ist ein Bauernhof, erbaut 1860. Er hat ihn entkernt und 2013 am den Sandstein-Altbau einen Neubau gesetzt. Das Herzstück ist eine riesige Glasfront, die sich über zwei Stockwerke zieht. Im Erdgeschoss ist der Wohn-/Essbereich. Im ersten Stock das Schlafzimmer. Davor liegt unverstellt der Ausblick, für den die Familie die ganze Technik ursprünglich braucht: Himmel, Bäume, Weiden, auf denen Schafe grasen. Sonnenaufgang.

Das kann das Haus: So viel Glasfront braucht Verschattung. Ohne die Jalousien würden an Sonntagen in einer halben Stunde drinnen 35 Grad herrschen. Ein Sturm würde sie zerfetzen. Damit die Bewohner nicht permanent danebenstehen und kurbeln müssen, fahren die Jalousien je nach Witterung automatisch hoch und runter. Dafür ist auf dem Hauseck eine Wetterstation, die Temperatur, Licht- und Windstärke sowie Niederschlag misst. Bei Regen schließen sich automatisch die Dachfenster. Auch Lichtquellen und Heizung sind zentral gesteuert. Reißt jemand das Fenster auf, erkennt das der Sensor der Heizung und sie schaltet sich ab. Die Einzelteile kommunizieren kabellos. Auf dem Dach kommt noch eine Photovoltaikanlage. Das Haus entscheidet dann je nach Marktpreis, ob es den Strom aus der Anlage nutzt oder ins Netz einspeist.

Das Hirn: Es steckt in einem mannsgroßen Schaltschrank voller Kabel und blinkender LEDs. Das entscheidende Teil ist gerade einmal fingerlang. Auf dem Chip ist alles gespeichert, was Wittauer und seine Familie der Anlage mit Hilfe eines Fachmanns mühevoll beigebracht haben. „Eine Steuerung reinsetzen und ohne konkrete Vorgaben programmieren lassen, geht nicht“, sagt

Wittauer. „Dann machen die Dinge Sachen, die Sie gar nicht wollen.“ Von wegen intelligentes Heim: „So ein Programm ist ganz stupide.“

Das können die Bewohner: Heizung, Fenster und Lichtschalter per Fernsteuerung bedienen – das geht über eine App auf dem Smartphone. Wenn es regnet, kann man die Fenster per Schalter nicht öffnen. Dann müsste Wittauer zum Smartphone greifen. Er kann auch vom Sofa aus das Licht im Schlafzimmer ausschalten oder von unterwegs schauen, wie das Wetter daheim ist – und den Nachbarn Bescheid geben, wenn es dem Zitronenbaum draußen zu kalt wird. In

dem Haus sind auch die Büros von Wittauers Institut. Die Mitarbeiter können nur das Licht ein- und ausschalten, nicht die Heizung. „Wenn alles funktioniert, merke ich nichts von der Technik.“

Warum das Ganze? Wegen des Sonnenaufgangs. Aus Neugier. „Ich probiere das aus, um ein Gefühl dafür zu entwickeln“, sagt Wittauer. Das ist für ihn auch beruflich wichtig. Wittauer hat BWL studiert. Beim Praxisssemester ist seine Technikbegeisterung mit ihm durchgegangen. Nach dem Studium hat er an der Uni Bayreuth eine Fachwirt-Ausbildung für Gebäude- und Facilitymanagement entwickelt. Heute vertreibt er die Wei-

terbildung bundesweit für die Handwerkskammern mit seinem Institut. Derzeit entwickelt er einen Fachwirt für Gebäudeautomation.
Weitere Vorteile: Energie sparen. Vor dem Umbau brauchten sie für 230 Quadratmeter Wohnfläche 2000 Liter Heizöl im Jahr. Jetzt sind es für 370 Quadratmeter 400 Liter weniger, weil im Winter die Sonne den Glaskasten beheizt. „Die alte Sandsteinwand fungiert als Wärmespeicher“, hat Wittauer gelernt. Die Sensoren an Fenstern und Türen lassen sich als Alarmanlage nutzen, die ihr Signal aufs Handy schickt.

Die Tücken der Technik: Sie ist erst einmal dumm und macht nicht, was sie soll. Ein Beispiel: Wenn die Temperatur drinnen eine bestimmte Grenze unterschreitet, springt die Heizung an. Wenn es zu warm wird, verschatten sich die Fenster. Im ersten Sommer schaltete sich die Heizung an, sobald die Sonne in den Glaskasten schien. Zwei, drei Monate war Schwitzen angesagt, bis ein Fachmann den Fehler in der Programmierung gefunden hatte. Wittauer sieht zudem eine Gefahr: „Es kann der Tag kommen, an dem sich Einbrecher in die Haustechnik hacken und keine Spuren mehr hinterlassen.“

So viel kostet es: Schwer zu sagen. Wittauer hat einen Altbau saniert und einen Neubau drangesetzt. Am Material wollten er und seine Lebensgefährtin nicht sparen. Was er aber sagen kann: „Allein die Elektrotechnik in Verbindung mit der Hausautomation kostet doppelt so viel wie eine normale elektrotechnische Ausstattung.“ Hinzu kommen Kosten für besondere Bauteile wie die Jalousien.

Werden alle Häuser smart? Wittauer geht davon aus, dass es mindestens noch zehn Jahre dauert, bis die Technik beim normalen Hausebauer eine Rolle spielt. Das liegt seiner Meinung nach auch an den Architekten und Handwerkern. „Kaum einer kennt sich mit der Technik aus“, sagt Wittauer. Für ein Smart Home müsse man vorab viel mehr planen, alle Firmen, die auf der Baustelle sind, müssten ständig in Kontakt sein. Und die Bewohner sollten vorher genau wissen, wo sie von welchem Sonnenstrahl geweckt werden wollen.

GLOSSAR

Smart Home: Ein Heim ist „smart“, wenn es intelligent vernetzt ist. Der Oberbegriff meint technische Verfahren und Systeme, die Wohn- und Lebensqualität, Sicherheit und Energieeffizienz erhöhen. Vernetzt werden Haustechnik, Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik. Sie laufen automatisch oder ferngesteuert.

Sensoren und Aktoren: Ohne sie kein Smart Home. Sensoren sind Führer, die Temperatur, Feuchtigkeit oder Lichtstärke erfassen und in ein elektrisches Signal umwandeln. Das schicken sie an den Aktor. Dieser setzt dieses Signal in Bewegung (=Fenster schließt sich) oder eine andere physikalische Größe (= Heizung wärmt) um.

DAS SAGEN DIE BAYREUTHER INNUNGSBEREITER

Bernd Zeilmann, Elektro- und Informationstechnik: „An Smart Homes wird in Zukunft keiner vorbeikommen. Bei Gewerbenebauten ist die Technik schon Standard.“



Peter Engelbrecht, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik: „Bei uns ist die Nachfrage noch gering. 2000 bis 5000 Euro mehr muss man rechnen bei der Heizung, das ist vielen zu teuer. Sie lassen ihr Haus erst nur darauf vorbereiten. Wichtig ist, dass sich Heizungsbauer und Elektriker früh absprechen. Nachrüsten ist schwierig. Um richtig Energie zu sparen, muss man ein Profi sein. Wer die Heizung ausschaltet, während er im Büro ist, und hochdreht, bevor er heimfährt, spart nicht viel. Die Wohnung kühlt tagsüber aus. Viele Funktionen sind eher Spielerei. Wenn Sie in den Urlaub fahren, schalten Sie sowieso die Heizung aus. Für Menschen, die nicht mehr so beweglich sind, wird die Technik attraktiver.“

Langer Atem für ein umstrittenes Thema

Windkraft wird als umweltfreundliche Lösung der Energieprobleme propagiert. Doch mit dem Ausbau wachsen die Angst und der Widerstand der Bürger. Der Reporter hört sich ihre Sorgen und Argumente an. Er bleibt dran und macht sich zum Experten.

Im Sommer 2015 schreibt Marco Seng eine Reportage zur Windkraft im Oldenburger Land. Die Resonanz der Leserinnen und Leser ist so groß, dass der Reporter hellhörig wird. Er beschäftigt sich intensiver mit dem Thema und recherchiert zahlreiche Aspekte, die von offizieller Seite selten oder gar nicht angesprochen werden. Es geht dabei um Gesundheit, Naturschutz, Korruption und ungewöhnliche Genehmigungsverfahren. Er stellt fest, dass die politisch gewollte Energiewende auch zahlreiche negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat.

Diese Probleme werden von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Lobbyisten gern ausgeblendet oder nicht erwähnt. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Recherche. Bürgerinitiativen und

Naturschutzverbände weisen Gutachten vor, ihre Anwälte beklagen Planungsfehler. Die Betreiber, Investoren und interessierte Politiker hingegen spielen die Einwände der Kritiker herunter und antworten mit eigenen Gutachten.

Der Reporter geht zu den betroffenen Menschen, hört ihnen zu und schreibt ihre Geschichten auf. Er macht sich schlau über Schattenwurf und Infraschall, Vogelschutz und Potenzialflächen, Abstandsregelungen und Genehmigungsverfahren.

Und er beweist langen Atem. Ein- einhalb Jahre lang beleuchtet er in einer losen Serie die Probleme beim raschen Ausbau der Windenergie, vor allem aus Sicht der Betroffenen. Er schreibt Reportagen, Nachrichten,

Nordwest  Zeitung
OLDENBURGER NACHRICHTEN
FAHMBÜCHER • UBERPARTISCHER

Kommentare und Interviews. Die Folgen erscheinen in der Zeitung und online. Inzwischen bekommt Seng auch von vielen Menschen außerhalb des Verbreitungsgebiets Anrufe oder Zuschriften zum Thema.

Stichworte

- ▶ Anwalt
- ▶ Energie
- ▶ Gesundheit
- ▶ Heimat
- ▶ Hintergrund
- ▶ Kontinuität
- ▶ Politik
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Umwelt
- ▶ Wirtschaft

Kontakt:

Marco Seng, Reporter, Telefon: 0441/9988-2008, E-Mail: marco.seng@nwzmedien.de

Windkraftgegner drehen auf

PROTESTE Viele Bürgerinitiativen im Oldenburger Land – Angst vor Lärmpegel und Infraschall

In Barßel und Edewecht wird um neue Anlagen gestritten. Ein Blick auf ein zunehmendes Problem im Nordwesten.

VON MARCO SENG

EDEWECHT/BARßEL – Ein schöner Herbsttag im Oldenburger Land. Weite Wiesen, Wald am Horizont, der Mais ist reif. Natur satt am Kammersand in Harkebrügge. Monika Oetje-Weber kann den Anblick nicht genießen. „Eine ganz liebliche Gegend und es wird alles zerstört“, sagt sie traurig.

Annegret Meyer zeigt über die Wiese. Dort am Rande des Loher Waldes, wo die Gemeinden Barßel und Edewecht sich berühren, wo die Kreisgrenze zwischen Cloppenburg und dem Ammerland verläuft, sollen sie stehen: vier riesige Windkraftanlagen, jeweils 200 Meter hoch, in Reihe. Zwei weitere sind auf der andere Seite des Weges geplant.

„Die Energiewende erschlägt uns hier.“ Annegret Meyer ist frustriert. Drei Biogasanlagen gibt es schon rund um den Kammersand. Man kann die Windräder in Scharrel, Reckenfeld und auf dem Hübschen Berg sehen. Die geplante Stromtrasse von Conneforde nach Merzen soll hinter dem Loher Forst verlaufen. „Wir können uns nur entscheiden zwischen Pest und Cholera“, sagt Meyer.

Bürger kämpfen

Das klingt fast resignierend, doch Annegret Meyer und Monika Oetje-Weber kämpfen. Und viele andere in Barßel mit ihnen. Gegen den geplanten Windpark am Kammersand.

Sie haben eine Bürgerinitiative gegründet, haben 2550 Unterschriften gesammelt: gegen die Zerstörung des Landschaftsbildes, gegen die Vernichtung des Lebensraums geschützter Tierarten wie Kranich, Kiebitz oder Fledermaus, gegen den Wertverlust von Immobilien, gegen krankmachende Schallimmissionen und nächtliche Dauerbeleuchtung.

Sie nennen sich „Windwahn“, „Gegenwind“ oder „Vernunftkraft“. Und sie bekommen stetig Zulauf. Die Bürgerinitiativen gegen einen ungezügelten Ausbau der Windenergie schießen inzwischen fast so schnell aus dem Boden wie die Windräder selbst. Kaum vier Jahre nach der Energiewende reißt die Windkraft gesellschaftliche Gräben auf, spaltet die öffentliche Meinung.

Es gibt Profiteure dieser Windwende – vor allem Investoren, Grundstücksverkäufer, Anteilseigner. Aber inzwischen auch viele Geschädigte: Hausbesitzer, deren Immobilien plötzlich nur noch die Hälfte wert sind. Menschen,



Die Windkraftanlagen von Haschenbrok in Großenkneten.

ARCHIVBILD: OLAF BLUME

RUND 600 INITIATIVEN IN DEUTSCHLAND AKTIV

Die Plattform „Windwahn“ listet 600 Bürgerinitiativen (BI). Dem Bündnis „Vernunftkraft Niedersachsen“ gehören 100 BI an.

Im Oldenburger Land sind unter anderem aktiv: Bür-

gerinitiative gegen Windparks in Lohorst/Rothenmethen/Kammersand; Bürgerinitiative gegen den Windpark Ahrensdorf/Heinfelde; BI Windpark Kündelmoor; „Gegenwind am Hogenset“; BI „Zwei Warden-

burger Windparks sind genug“; Bürgerinitiative Hatten – „Windpark nach Augenmaß!“; BI Ekermermoor; „Gegenwind Molbergen“; „Gegenwind im Hammelwarder Moor“; BI Sengwarden Windkraft.

die unter Geräuschkulisse, Schattenwurf oder Infraschall der Windmühlen leiden.

Matthias Elsner sitzt in seinem Wohnzimmer in Edewecht, ein hübsches Haus zwischen Küstenkanal und Vehnemoor. Er steht an der Spitze einer Bürgerinitiative gegen den geplanten Windpark Hogenset. „Der Windpark liegt in der Vogelzuglinie und ist an dieser Stelle kontraproduktiv“, sagt Elsner.

Bis zu zehn Anlagen sollen irgendwann hinter der Häuserreihe in Husbäke gebaut werden, wo jetzt der noch Mais gedeiht.

Elsner beschäftigt sich seit Jahren mit der Energiewende, liest Buch um Buch. Seine ernüchternde Erkenntnis: Es geht nur noch ums Geld scheffeln. Der Umweltschutz oder die Interessen der Anwohner spielen eine untergeordnete Rolle. „Obwohl Niedersachsen das Bundesland mit den meisten Windkraftanlagen ist und es keine freien Flächen mehr gibt, die nicht konfliktbeladen sind, geht es

Politik und Lobbyisten jetzt darum, genau diese Flächen auch noch bebauen zu können“, meint Elsner. Und das, obwohl es weder akzeptable und bezahlbare Speicher noch ausreichend Leitungen für den produzierten Windstrom geben.

Die rot-grüne Landesregierung lässt die Kritik kalt. Sie will weitere Standorte ausweisen. Niedersachsen sei Windenergieland Nr. 1 in Deutschland und diese Spitzenstellung solle konsequent ausgebaut werden. In Zahlen heißt das derzeit: 5616 Windenergieanlagen, 8233 Megawatt installierte Windleistung.

„Jede Form der Energiegewinnung ist mit Auswirkungen auf die Menschen, auf unsere Mitgeschöpfe und auf die Umwelt verbunden und bedeutet einen Eingriff“, sagt Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne). Es komme daher darauf an, die Auswirkungen so „verträglich“ und gering wie möglich zu halten.

Laut Bundesverband Windenergie (BWE) findet

man über ein Fünftel der installierten Menge an Windenergie an Land im Nordwesten der Republik. Um die Ziele des Energiekonzeptes der niedersächsischen Landesregierung zu erreichen, sei „ein jährlicher Zubau von 750 Megawatt vonnöten“.

„Das Windgeschäft ist ein windiges Geschäft“, sagt Manfred Knake aus Holtgast im Landkreis Wittmund. Er und sein „Wattenrat“ kämpfen seit mehr als 20 Jahren gegen die Windmühlen in Ostfriesland. Anfangs einsam wie Don Quichotte, inzwischen flankiert von vielen Bürgerinitiativen.

In Ostfriesland treibt die Angst um den Tourismus Bürger auf die Barrikaden. In Ostfriesland sind viele Orte eingekesselt von Windrädern.

Knake sagt, dass die Menschen leiden, nachts nicht mehr schlafen können. „Die Leute müssen im eigenen Haus wandern, je nachdem wie der Wind steht.“

Knake hat ordnerweise aufgelistet, wer wo und wie vom Bau eines Windparks profi-

tiert. „Ganz viele Ratsmitglieder sitzen im Geschäft mit drin.“ Er spricht von Schmiergeldzahlungen. Beim Windpark Ugast habe der Hersteller der Kommune 500.000 Euro für die Zustimmung in Aussicht gestellt, erzählt Knake. Die Staatsanwaltschaft ermittelte. Die geplante Zuwendung wurde in eine Schenkung umgewandelt.

Die Unternehmen kassieren die Subventionen, die Stromkunden zahlen die Zechen, sagt Knake. „Was uns als Energiewende verkauft wird, ist ein Geschäftsmodell für Großanleger.“

Abstand zu gering

Die Bürgerinitiativen im Oldenburger Land kritisieren, dass die Gemeinden die Kriterien beim Vergleich von Potenzialflächen häufig nicht transparent machten, die Baupläne zu lange unter dem Deckel hielten, gesetzliche Abstandsregelungen für Windräder nicht einhielten.

In Edewecht fürchtet man, dass die geplanten Windkraftanlagen nur einen Abstand von 600 Meter zu den Wohnhäusern haben, in Barßel sogar nur 500 Meter. Notwendig seien aber 2000 Meter, um gesundheitliche Gefahren auszuschließen – wie in Bayern.

In Niedersachsen sind sogar 400 Meter möglich. Für Matthias Elsner nicht überlassend. „Die Betreiber wollen so nahe wie möglich ans Netz der Gemeinde.“ Spart Kosten.



In Edewecht: Matthias Elsner (v.l.), Bernhard Kohls, Klaus Bannas, Marianne Kohls, Theo Schröder, Erika Bannas, Gerda Schröder, Inge Rowehl, Petra Kähne, Rainer Oldenburg.



Protest am Kammersand in Barßel: Sandra Tietjen (v. l.), Monika Oetje-Weber, Annegret Meyer, Christian Punke, Harald Tietjen.

BILDER: MARCO SENG

Skandal um verfälschtes Bienenwachs aufgedeckt

Verunreinigtes Bienenwachs – das klingt eher wie ein Nischenthema für Imker. Die Redakteurin geht einem Gerücht nach und stößt auf einen ausgewachsenen Skandal. Und auf eine Lücke in den Verordnungen, die offenbar von Geschäftemachern ausgenutzt wird.

Ein Informant gibt Jasmin Bühler im Sommer 2016 den Hinweis auf verunreinigtes Bienenwachs in Wabenwänden, die für die Bienezucht verwendet werden. Der Vorwurf: Das an Imker verkaufte Wachs beinhalte fremde Stoffe, darunter Paraffin und Stearin. Imker, die dieses Wachs verwenden, setzen die Bienen einer tödlichen Gefahr aus. Den Berichten nach gehen ganze Bienenvölker ein.

Das Thema ist speziell, die richtigen Ansprechpartner nicht leicht zu finden. Die Redakteurin führt Gespräche mit Wachsexperten, Imkern, Verbänden und Instituten und Verbraucherschützern. Die zentrale Frage lautet: Wie gefährlich ist das gepanschte Wachs tatsächlich für die Bienen – und vielleicht auch als Honig für den Menschen?

Doch das ist schwer zu beantworten. Denn für die Wabenwände gibt es keine Bestimmungen, was die Inhaltsstoffe und deren Mengen anbelangt.

Wachs ist ein Graubereich – anders als Honig, der als Lebensmittel zählt und für den es genaue Vorgaben gibt. Als die Redaktion die erste Geschichte dazu veröffentlicht, erhält sie zahlreiche Rückmeldungen. Besorgte Imker und Verbraucher rufen an, Hersteller melden sich. Ein Imker initiiert eine Kampagne mit dem Ziel, die Inhaltsstoffe des Wachses zu reglementieren. Angeblich ist verfälschtes Wachs in ganz Europa im Umlauf.

Das Veterinäramt schaltet sich ein, die Staatsanwaltschaft, der deutsche Imkerbund und das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium. Die Zeitung bleibt dran und begleitet den Skandal mit einer Serie. Sie bringt Licht ins Dunkel, leistet Aufklärungsarbeit. Um alle Beiträge der Serie auf einen Blick einsehen zu können, wird unter dem Link www.schwaebische.de/wachsskandal ein Online-Dossier eingerichtet.

Schwäbische Zeitung

Stichworte

- ▶ Ernährung
- ▶ Gesundheit
- ▶ Hintergrund
- ▶ Kontinuität
- ▶ Kriminalität
- ▶ Landwirtschaft
- ▶ Recherche/Investigation
- ▶ Umwelt
- ▶ Verbraucher
- ▶ Wirtschaft

Kontakt:
Jasmin Bühler, Redakteurin, Telefon: 0751/2955-2228, E-Mail: j.buehler@schwaebische.de

Angst vor Bienensterben: Wachs offenbar verunreinigt

Bei Kontrollen werden Rückstände von Streckmitteln gefunden – Spur führt auch in die Region Ravensburg

Von Jasmin Bühler

RAVENSBURG - Die Imker in Deutschland sind besorgt: Seit geraumer Zeit tauchen bundesweit Bienenwachstafeln – sogenannte Mittelwände – auf, die mit Paraffin und Stearin gestreckt wurden – also mit Substanzen, die eigentlich für die Herstellung von Wachskerzen verwendet werden. Gerüchten zufolge stammt das gepanschte Bienenwachs aus Süddeutschland, vermutlich auch aus der Region Ravensburg. Das Gefährliche daran: Imker, die verunreinigte Wachsplatten gekauft haben, setzen ihre Bienen einer tödlichen Gefahr aus.

„Das Ganze ist eine undurchschaubare Geschichte“, sagt Klaus Wallner von der Landesanstalt für Bienenkunde an der Universität Hohenheim auf Anfrage der „Schwäbischen Zeitung“. Wallner wird in der Imkerszene als „Wachs-Papst“ bezeichnet. Keiner kennt sich so gut mit Bienenwachs aus wie er. Täglich untersucht er Wachsproben auf Rückstände. Bei verschiedenen Proben, die er jüngst kontrolliert hat, hat er eine Zumischung von fremden Stoffen festgestellt: darunter Paraffin, ein Abfallprodukt aus der Erdölindustrie, und Stearin, das aus pflanzlichen oder tierischen Fetten hergestellt wird. Beides sind Rohstoffe für Kerzen, gehören aber nicht

in das reine Bienenwachs, das Imker für ihre Bienenvölker zukaufen. Doch wie gelangen die Substanzen in das Bienenwachs? „Schwer zu sagen“, meint Wallner. Drei Möglichkeiten sind denkbar: Erstens, ein Händler hat die Stoffe bei der Wachsverarbeitung aktiv hineingemischt. Zweitens, dem Händler wurde von seinem Lieferanten verfälschtes Wachs untergejubelt. Drittens, ein Imker hat dem Händler bereits verunreinigtes Wachs zur Verarbeitung gegeben.

Einer der Imker, denen die Fälschung zuerst aufgefallen ist, stammt aus Norddeutschland. Er hatte Wachstafeln von einem Händler aus Süddeutschland gekauft. Für seine Bienen sollten die sechseckig vorgeprägten Platten eine Erleichterung sein. Die Insekten sollten sie zur Aufzucht ihrer Larven und zur Lagerung von Honig und Pollen nutzen. Doch die gut gemeinte Hilfe stellte sich schnell als Risiko heraus: Ein Teil der Waben zerbrach. Auch bemerkte der Imker, dass keine neuen Bienen

schlüpften, weil die Larven starben. Die Population stagnierte. Und die Bienen, die schlüpfen, verhielten sich seltsam. Sie brachten keinen Honig mehr. Für Imker eine Katastrophe.

Eigenschaften ändern sich
Frank Neumann vom Bienengesundheitsdienst in Aulendorf erklärt die Sache so: „Wenn reines Bienenwachs stark gestreckt wird, zum Beispiel mit Paraffin oder Stearin gestreckt wird, dann ändern sich die physikalischen Eigenschaften des Bienenwachses.“ Betroffen sind beispielsweise der Schmelzpunkt und die Konsistenz: „Bei verfälschtem Wachs laufen die Waben schon bei einer Aufsentemperatur von 30 Grad Celsius zusammen“, sagt Neumann. Außerdem könnten in einigen Fällen die Bienen nicht schlüpfen, weil das Wachs auch Eigenschaften wie Gummi habe. „Die Bienechen kommen aus diesen Gummiwaben nicht heraus.“

Daneben nennt Neumann ein weiteres Problem: „Gepanschtes Wachs gibt Inhaltsstoffe an den Futtersaft ab, mit dem sich die Larven ernähren. Dadurch können im schlimmsten Fall Verkümmern oder Ausfälle bei der Brut entstehen.“

Nach Informationen der „Schwäbischen Zeitung“ sollen die verunreinigten Bienenwachstafeln ihren Ursprung unter anderem bei einem

Händler aus der Region Ravensburg haben. Auf Nachfrage beim Ravensburger Landratsamt heißt es: „Uns ist die Situation bekannt. Wir wissen von den Vorwürfen.“ Das Veterinäramt ist bereits tätig geworden und geht der Sache nach. „Die Untersuchungen laufen“, informiert das Amt. Das Regierungspräsidium Tübingen ist ebenfalls in Kenntnis gesetzt. Ein Sprecher teilt mit: „Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Prüfung können wir allerdings noch keine Auskünfte hierzu geben.“

Wie die „Schwäbische Zeitung“ jedoch in Erfahrung bringen konnte, gibt es eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Gestrecktes Wachs ist billiger
Welche Ausmaße die Wachsfälschungen letztlich haben, lässt sich kaum abschätzen. „Wir können nicht sagen, wer und wie viele Händler und Imker betroffen sind“, sagt Klaus Wallner von der Uni Hohenheim. Die Kreuz ist nämlich: Bienenwachs gilt nicht als Lebensmittel. Entsprechend lasch sind hier die gesetzlichen Regelungen. Zertifikate existieren meist nicht und die Bienenwachstafeln sind auch nicht mit Nummern versehen, sodass eine Rückrufaktion möglich wäre. Für Betrüger, die vorsätzlich handeln, sind das Idealbedingungen. Zum checken Lieferanten gestrecktes

Wachs zu niedrigen Preisen anbieten. Dieses Wachs mischen Händler zu, um ihre Wachsmenge zu steigern. „Seit drei, vier Jahren sind die Weltpreise für Bienenwachs nach oben gegangen. Da versucht jetzt der eine oder andere, sich einen Kostenvorteil zu verschaffen“, so „Wachspapst“ Wallner. Er macht klar: „Man kann hier schon von mafösen Strukturen sprechen.“

Das Schlimme daran ist laut dem Bienenspezialisten aber nicht nur der Imageschaden für das deutsche Bienenwachs, das bislang als unverfälscht gilt, sondern auch, dass das gepanschte Wachs nun in Umlauf kommt. Das geschieht so: Die Imker liefern ihre Wachsblöcke bei einem Händler ab. Der schmilzt diese wiederum in großen Kesseln ein, um daraus neue Mittelwände zu produzieren. Dabei werden reines und unreines Wachs miteinander vermischt. Der Schaden nimmt seinen Gang. Eine Lösung des Problems könnte sein, bei jeder Wachs-Charge eine Probe zu entnehmen. „Aber das ist aufwendig und teuer“, erklärt Wallner.

Der Endverbraucher, der gerne Honig auf sein Frühstückbrötchen schmirt, kann indes aufatmen: „Honig enthält in der Regel keine Wachsreste“, erklärt Frank Neumann vom Bienengesundheitsdienst in Aulendorf. Eine Gefahr für den Menschen bestehe deshalb nicht.



Die Gefahr bei Mittelwänden aus gepanschem Wachs besteht unter anderem darin, dass sich die frisch geschlüpften Bienen aus den gummiartigen Waben nicht befreien können und sterben. FOTO: COLOURBOX

Bienenwachs-Skandal: Imker erstattet Anzeige wegen Betrugs

Opfer aus Rheinland-Pfalz geht gegen Herstellerbetrieb aus dem Kreis Ravensburg vor – Ermittlungen laufen

Von Jasmin Bühler

RAVENSBURG - Neue Erkenntnisse im Bienenwachs-Skandal: Nach Recherchen der „Schwäbischen Zeitung“ gibt es Vermutungen, wonach die Streckmittel Paraffin und Stearin dem Bienenwachs bei der Herstellung von Mittelwänden bewusst zugemischt worden sind. Bleibt nur die Frage: Wo und von wem? Die Behörden wollen diese Fragen nun klären.

Wie berichtet, sind Mittelwände in Umlauf, die unerlaubte Substanzen beinhalten. Für Honigbienen können die verunreinigten Produkte eine Gefahr bedeuten. Der Grund: Die Mittelwände dienen den Bienenvölkern als Basis für ihre Waben, in denen sie ihre Brut aufziehen oder Honig einlagern. Wenn die Mittelwände von schlechter Qualität sind, dann können Waben zerbrechen oder Bienenlarven sterben. Genau das ist bei einem Imker aus Rheinland-Pfalz passiert, der Mittelwände im Kreis Ravensburg erworben hat.

Wie die Ravensburger Staatsanwaltschaft mitteilt, liegt ihr dazu jetzt eine Anzeige vor. Der Vorwurf lautet auf Betrug. Es soll um Mittelwände gehen, bei denen zusätzlich zum enthaltenen Bienenwachs ein Stearinhalt von 25 Prozent gemessen wurde. Vonseiten der Staatsanwaltschaft heißt es: „Der Geschädigte macht geltend, nicht die von ihm gewünschte

Ware, nämlich reines Bienenwachs, sondern ein synthetisches Wachs geliefert bekommen zu haben, was für seine Imkerei untauglich sei.“ Die Staatsanwaltschaft Zweibrücken leitete die Anzeige an Ravensburg weiter. Seit Mittwoch sind die Ermittlungen im Gange.

Die Schwierigkeit bei alledem: Es muss geprüft werden, woher das verunreinigte Wachs kommt. Verwendete der Händler absichtlich Streckmittel, um eine größere Menge zu produzieren zu können? Oder kaufte er einem Lieferanten unwissentlich unreines Bienenwachs ab? „Eigentlich hilft hier nur, die Warenströme zu analysieren“, sagt Klaus Wallner von der Landesanstalt für Bienenkunde an der Universität Hohenheim. So könne auch eingegrenzt werden, wie viele Imker letztlich von dem Skandal betroffen seien.

Zweiter Fall in Ost-Württemberg
Das Ravensburger Veterinäramt hat bereits Untersuchungen in dem besagten Betrieb im Kreis Ravens-

burg aufgenommen. Die Ergebnisse hierzu werden bis Mitte kommender Woche erwartet.
Nach Kenntnisstand der „Schwäbischen Zeitung“ soll es darüber hinaus ein zweites Fälschungsdelikt geben: In diesem Fall bestanden die Mittelwände zu 100 Prozent aus Paraffin. Wie ein Informant berichtet, soll das Paraffin mit gelber Farbe gefärbt gewesen sein, sodass es sich optisch nicht von Bienenwachs unterscheidet. Diese Paraffin-Mittelwände wurden wohl in einem Betrieb aus dem östlichen Baden-Württemberg hergestellt.

RAVENSBURG - Das gefälschte Bienenwachs, das in Mittelwänden verarbeitet wurde, bereitet der Imkerkunde weiter Kopfzerbrechen. Die Mittelwände sollen aus Betrieben in Süddeutschland stammen, auch aus dem Landkreis Ravensburg (SZ vom 10. September). Die Imker sind verunsichert, die Händler ebenfalls. Ein erstes Unternehmen, die Wachszieherei Zengerle aus Grünkraut, hat sich jetzt bei der „Schwäbischen Zeitung“ gemeldet und sich von inkorrekten Produktionsmethoden distanzieren.

„Wir sind in keinster Weise betroffen“, sagt Inhaber Jörg Zengerle. „Wir setzen seit Jahrzehnten auf handwerkliche Tradition und produzieren nach bestem Wissen und Gewissen.“ Zengerle sagt, er habe schon einige Anrufe von besorgten Kunden bekommen. Allen habe er versichert, dass sein Betrieb nicht derjenige sei, der die Mittelwände in Umlauf gebracht habe. Auf der Firmenhomepage hat Zengerle eine

entsprechende Stellungnahme veröffentlicht. Darin heißt es: „Das von uns verarbeitete Bienenwachs stammt ausschließlich aus dem regionalen Wachsreislauf unserer Imkerkunden; das heißt, wir verwenden für die Mittelwandproduktion kein fremdes zugekauft oder ausländisches Bienenwachs. Wir verarbeiten unser Bienenwachs naturbelassen und setzen keinerlei Stoffe zu.“ Im Gespräch mit der SZ erklärt der Firmenchef, warum er auf einen „unverfälschten Wachsreislauf“ Wert legt, wie er es nennt. Zengerle: „Die Imker bringen ihr Bienenwachs zur Umarbeitung zu uns. Das sind pro Imker zwischen einem und zehn Kilo Wachs.“ Das Wachs wird in Kesseln eingeschmolzen. Zwischen 300 und 400 Kilogramm füllt ein Kessel in dem Grünkrauter Betrieb. Anschließend erfolgt die Weiterverarbeitung zu Mittelwänden. „Unsere Mittelwände bestehen also nur aus ober-schwäbischem Bienenwachs“, so Zengerle. Jedoch gibt er auch zu bedenken: „Wir können nicht jede angelieferte Wachs-Charge kontrollieren. Deshalb sind wir auf die Imker angewiesen.“ Dementsprechend spiele Vertrauen eine essenzielle Rolle.

Laut dem Grünkrauter Unternehmer ist Bienenwachs ein natürlicher Stoff, der sich nicht synthetisch herstellen lässt. Bienenwachs setzt sich aus vielen verschiedenen Substanzen zusammen. Dazu gehören auch Kohlenwasserstoffe, die dem Paraffin ähnlich sind. Zengerle: „Bienenwachs beinhaltet von Natur aus zwischen elf und 14 Prozent solcher Kohlenwasserstoffe.“ Doch einmal angenommen: Ein Imker liefert Wachs an, das einen überdurchschnittlichen Paraffingehalt hat. Und dieses Wachs wird mit dem Wachs anderer Imker in dem großen Kessel eingeschmolzen. Was dann? „Das macht sich bei kleineren und mittleren Chargen kaum bemerkbar“, meint der Wachsziehermeister, „der Paraffinschnitt geht dann nur unmerklich nach oben.“



Bienenwachs ist ein von Honigbienen abgesondertes Wachs, das sie zum Bau von Bienenwaben nutzen. Synthetisch lässt sich Bienenwachs nicht herstellen. FOTO: COLOURBOX

Auf den Spuren der illegalen Müllsammler

Kaum steht der Sperrmüll an der Straße, kommen schon Autos mit ausländischen Kennzeichen. Schatzjäger durchforsten den Abfall systematisch und nehmen Brauchbares mit. Die Reporter nehmen Kontakt mit den Müllsammlern auf und folgen dem Weg des Mülls – dem offiziellen und dem inoffiziellen.

Als mal wieder über den Sperrmüll und die dubiosen Müllsammler gesprochen wird, werden Lisa Kleinpeter und Helge Ahrens neugierig. Jeder in der Region kennt die Kastenwagen, die vor Sperrmüllsammlungen durch Städte und Dörfer fahren. Doch niemand kennt die Menschen darin, weiß, wonach sie suchen, was mit den Funden geschieht.

Das Durchwühlen und Entwenden des Sperrmülls ist verboten. Die illegalen Sammler werden häufig als organisierte Banden dargestellt. Die Reporter wollen diese Menschen vorurteilsfrei porträtieren. Als Schatzjäger, die vom Wohlstandsmüll leben. Und sie wollen dazu alle Perspektiven der Geschichte beleuchten.

Die Recherche dauert mehrere Wochen. Größte Herausforderung dabei: Sperrmüllsammler zu finden und dazu zu bringen, mit sich reden und sich fotografieren zu lassen. Die Reporter gewinnen das Vertrauen einiger Müllsammler und begleiten sie mehrere Tage lang.

Zusätzlich sprechen die Autoren mit Anwohnern und Mitarbeiter der offiziellen Sperrmüllsammelfahrzeuge, befragen den Betriebsleiter der Abfallwirtschaft, die Polizei und Behörden in anderen Kommunen nach ihren Erfahrungen.

Sie lassen sich den legalen Weg des Mülls erklären. Welche Teile des Sperrmülls wie verwertet werden, welche Zahlen dahinterstehen. Und sie fahren nach Hamburg, von wo aus Sperrmüllschätze in die ganze Welt verschifft werden. Nach vielen Versuchen können sie Händler in Gespräche verwickeln.

Herausgekommen ist eine Reportage, die die zwei Seiten der Geschichte textlich und grafisch darstellt. Einerseits die Müllsammler, ihre persönlichen Geschichten, die gefundenen Schätze und was sie ihnen einbringen, die Vorurteile, denen sie begegnen – der nicht ganz legale Weg, den der Sperrmüll nimmt. Andererseits die Menschen entlang der offiziellen Entsorgungskette, in den Behörden, in den Müllwagen, am Schrottplatz.



Eine Geschichte, die Vorurteile widerlegt und aufklärt. Und die nicht zuletzt dem Leser vor Ort zeigt, was mit dem Müll, den er an den Straßenrand stellt, wirklich passiert.

Stichworte

- ▶ Alltag
- ▶ Arbeitswelt
- ▶ Ausländer
- ▶ Gesellschaft
- ▶ Hintergrund
- ▶ Recherche/ Investigation
- ▶ Umwelt
- ▶ Verbraucher
- ▶ Wirtschaft

Kontakt:
Helge Ahrens, Redakteur, Telefon: 0162/2090022, E-Mail: hahr@svz.de

Blickpunkt

Schatzjäger im Wohlstandsmüll

Sie heißen Mirek, Vasco, Mehmet oder Yasar. Sie fahren in Transportern durch Dörfer und durchstöbern den Sperrmüll. Sie leben von dem, was die Wegwerfgesellschaft aussortiert. Von muffigen Teppichen, alten Fernsehern, klapprigen Fahrrädern... Die einen halten sie für Kriminelle. Die anderen für pfiffige Zweitverwerter.

So sehen die zwei Seiten der Geschichte aus. Einer Geschichte über Recht und Unrecht, über Vorurteile und Geschäftemacherei. Einer Geschichte über das schmutzige Geschäft mit dem Sperrmüll. Ein Blick in die Schattenwelt der Sperrmüllsammler.

Eine Reportage von Lisa Kleinpeter & Helge Ahrens

„Ein guter Pole ist ein Pole ohne Hände.“ Grinsend steht Mirek an seinem weißen Transporter, blinzelt in die Sonne und lässt die Handkante auf seinen Arm herabschnellen. „Ist doch so“, sagt der 41-Jährige und zieht an seiner Zigarette. „Die Leute denken, wir Polen klauen alle.“ Blumenkästen, eine abgebrochene Harke, Tapetenrollen, eine rostige Schubkarre liegen auf einem Haufen im Amselweg in Krenzliner Hütte bei Ludwigslust. Morgen wird der Sperrmüll abgeholt. Heute ziehen neun alte Transporter hier ihre Kreise. DMI, POT, P – ausländische Kennzeichen. Das fällt auf in dem kleinen Ort. Mirek und seine Frau Agnes stehen mit ihrem Sprinter vor dem Müll. Das Paar lebt von dem, was wir wegschmeißen. „Haste Glück, findest du was, haste kein Glück, haste nichts.“



Der Kurde Yasar (l.) und der Bulgare Vasco stehen in Alt Krenzlin vor Vascos Transporter. Man kennt sich. Man lässt sich in Ruhe. Links: Mirek aus Polen sammelt seit zwölf Jahren Sperrmüll.

Steffen Grünwaldt sitzt in seinem Büro vor einem Aktenordner mit Zahlenkolonnen. „Die Bewohner fühlen sich massiv belästigt von den Sammlern.“ Belästigung, Angst, Diebstahl, Ärger sind die Worte, die fallen, wenn der Betriebsleiter des Abfallwirtschaftsbetriebes Ludwigslust-Parchim auf die Sperrmüllsammler angesprochen wird. Sie würden nachts durch die Orte fahren, Krach machen, Grundstücke betreten, an Ortseingängen campieren, Chaos im Müll anrichten.

Mirek deutet auf den Schlafplatz hinter der Fahrerkabine. „Da liege ich. Meine Frau schläft auf dem Sitz.“ Er lacht. Eine Fahrerkabine – das ist alles. Für Mirek und Agnes, beide 41, die meiste Zeit ihr rollendes Zuhause. Geduscht wird in Raststätten, Freunde trifft man auf Parkplätzen. Ein Mikrokosmos im Transporter. Immer auf der Suche nach dem Schatz im Sperrmüll. Einmal war es eine alte Suzuki. Für die beiden ist das

Vasco, 55, kämpft am Rande von Alt Krenzlin mit einem Teppich – 20 bis 30 Euro. Im HSV-Dress hievt der Bulgare die Beute in seinen weißen Transporter. Als Mirek und Agnes vorbeifahren, nickt er. Man kennt sich. Man lässt sich in Ruhe. Ein grünes sattelloses Fahrrad, ein staubiger Fernseher, ein Radio – es ist noch viel Platz im Transporter. Kaputte Geräte repariert der gelernte Elektriker selbst oder seine Freunde in Bulgarien. Nebenbei steht sein Sohn Dennis, 32, im Bayern-T-Shirt an einem zweiten Sprinter. Sperrmüllsammeln als Familienunternehmen. „Eine Woche, bis die Wagen voll sind“, schätzt Vasco. Dann geht es zurück in die Heimat – 2000 Kilometer bis in den bulgarischen Bezirk Russe. 2000 Kilometer für eine Ladung Wohlstandsmüll. Das Geschäft wird mühsamer. Patrouillierten früher noch fünf Sperrmüllsammler durch die Dörfer, sind es inzwischen zehn oder 15. „Mehr Konkurrenz, weniger Ausbeute“, sagt Vasco und winkt ab. Warum die beiden das machen? „Scheiß Politik in Bulgarien. Wenig Geld.“

Wem gehört der Sperrmüll überhaupt? „Die zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle dürfen von Unbefugten nicht durchsucht und nicht entfernt werden, das gilt insbesondere für den am Straßenrand abgelegten Sperrmüll sowie Haushalts-, Elektro- und Elektronikschrott.“ So heißt es in Paragraph 8 der Abfallsatzung des Landkreises. „Sobald die Menschen den Müll herausstellen“, gehört er der Abfallentsorgungsgesellschaft“, stellt Synke Kern vom LKA in MV klar. Wer dagegen verstößt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Die niemand ahndet.



Zum Wegschmeißen zu schade: Ein Amselwegbewohner (r.) gibt dem Polen Thomas, was er selbst nicht mehr braucht.

Zweimal im Jahr dürfen die Dorfbewohner im Landkreis Ludwigslust-Parchim ihren Sperrmüll an die Straße stellen. Auf polnischen Märkten bieten Händler Pläne mit den Abholzeiten an – für die Schatzjäger. In anderen Kreisen in MV und auch in Schwernin gilt ein Bestellsystem. Jeder Haushalt kann einmal oder zweimal im Jahr seinen Sperrmüll entsorgen lassen. Ein Angebot, das die Einwohner wenig nutzen. Bei 53 000 Haushalten in Schwernin gibt es im Jahr nur 6000 bis 7000 Abholungen. Zu diesem System will auch der Landkreis Ludwigslust-Parchim – und nebenbei die lästigen Schatzsucher loswerden. Am 1. Januar 2017 soll es so weit sein.



Zweimal im Jahr wird der Sperrmüll in Krenzliner Hütte abgeholt.

Sperrmüllsammeln heißt vor allem warten. Mirek und Agnes stehen wieder im Amselweg in Krenzliner Hütte. Ein türkisarabener Transporter fährt vor. „Thomas“, sagt Mirek. Zigaretten glimmen auf. Seit fünf Jahren lebt Thomas vom Sperrmüll. In Polen war der 39-Jährige arbeitslos. Drei Kinder muss er versorgen: 3, 8 und 18 Jahre alt. Sie warten in Miltsch auf ihren Vater. Warum er das macht? Weil das alle machen. Miltsch – das sei quasi der Geburtsort der Sperrmüllsammler, Deutschland ihr Mekka. 900 Transporter pendeln ununterbrochen allein zwischen dem 12 000-Einwohnerort und der Bundesrepublik hin und her. „Vor 25 Jahren fuhr der erste. Dann auch der Nachbar und irgendwann alle.“

„Brauchst du ihn, kaufst du ihn. Brauchst du ihn nicht mehr, kommen wir und sammeln ihn ein.“ So sieht Yasar das Thema Kühlschrank. Der Kurde, Halbglatze, Schnauzer, ist offiziell arbeitslos, lebt seit 1973 in Hamburg. Zum Sperrmüll fährt er nur, wenn er Lust hat. Warum er das macht? Für seine Frau und seine zwei Jungs. Einen Wandhaken emporhaltend, verkündet der 58-Jährige im Schatten der Bäume von Alt Krenzlin: „Egal was – wir nehmen das mit.“ Er lacht. Sein Glück: „Wenn etwas nicht funktioniert, schmeißen die Deutschen es weg.“ Ein kaputter Kühlschrank bringt in der Billstraße in Hamburg 10 bis 20 Euro.

37 550 000 000 Kilogramm wiegt der Müllberg, den die Deutschen Jahr für Jahr produzieren – statistisch mehr als 450 Kilo pro Person. 29 Kilo davon landen als Sperrmüll am Straßenrand. Dazu kommen weitere neun Kilo Elektroschrott. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim entsorgt 11 200 Tonnen Sperrmüll – 50 Kilo pro Person. Jedes Jahr werden es 200 bis 300 Tonnen mehr. Und dennoch: Von einst 1 000 Tonnen Altmüll erreichen nur noch sieben bis acht Tonnen die Entsorger. Der Rest – verschwindet.

Steffen Grünwaldt ist überzeugt, dass sich organisierte Banden über seinen Müll hermachen. Der Landkreis registrierte „ganz viele Beschwerden“ von Anwohnern. Viele hätten Angst, die Einbruchszahlen stiegen. Wie viele Anrufe gibt es? Das lasse sich nicht genau sagen, so der 43-Jährige. Voreinigigen Jahren habe es Kontrollen mit der Polizei gegeben. Ergebnis: Einige Bußgelder wegen fehlender Papiere. „Du verjagst die, und nach drei Monaten sind die wieder da.“